

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 23. April 2002

Nr. 1906

Interpellation

Interpellation Mirjam Köchli: Der Sommer kommt - Ozon auch!; Beantwortung

Am 19. März 2002 reichten Mirjam Köchli und 28 Mitunterzeichnende eine Interpellation betreffend „Der Sommer kommt - Ozon auch!“ ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

In den vergangenen zwei Jahren hat der Stadtrat bei der Beantwortung von zwei Vorstössen der Interpellantin zum Thema Luftverschmutzung und Lufthygiene eingehend Auskunft erteilt. Im Rahmen der Beantwortung der Interpellation „Schadstoffausstoss des Offroad-Sektors“ vom 23. Mai 2000 beleuchtete der Stadtrat die Problematik lungengängiger Feinstpartikel (PM10). Er zeigte auf, dass der Hauptverursacher der Luftverschmutzung der motorisierte Personen- und Güterverkehr ist. Der Handlungsspielraum auf lokaler Ebene ist beim Verkehr nicht beliebig gross. Insbesondere wirksame Massnahmen wie Vorschriften bei der Ausrüstung, der Fahrzeugtechnik oder der Internalisierung externer Kosten sind national oder gar international anzugehen. Diese Tatsache kam auch in der Antwort auf die Einfache Anfrage „Ozon - Verkehr(t)!“ vom 18. September 2001, welche den Sommersmog thematisierte, zum Ausdruck. Der Stadtrat wies in seiner Antwort darauf hin, dass es primär nationaler und internationaler Anstrengungen bedarf, um die Ozongrenzwerte künftig einhalten zu können. Mögliche Handlungsfelder auf lokaler Ebene sind die Förderung eines guten ÖV-Angebotes und des nichtmotorisierten Verkehrs (Velos sowie Fussgängerinnen und Fussgänger) sowie Massnahmen im Parkierungsbereich. Diese rein lokalen Massnahmen sind bezüglich Ozon- und PM10-Belastung allerdings nicht sehr ergiebig; sie haben zwar eine politische Signalwirkung, aber keinen nennenswerten Einfluss auf die Belastungssituation. An dieser Beurteilung hat sich bis heute nichts geändert. In beiden Antworten hat der Stadtrat auch darauf hingewiesen, dass er dort, wo tatsächlich Handlungsspielraum besteht, emissionsmindernde Massnahmen ergriffen hat und gedenkt, dies auch weiterhin zu tun. Beispiele hierfür sind die Entstickungsanlage bei der KVA, die zusammen mit der Fernwärme



ein ganzes Stadtgebiet sehr emissionsarm beheizt, die Ausrüstung der VBSG-Busse mit schadstoffarmen Motoren, die Feuerungskontrolle oder die Beschaffung emissionsarmer Fahrzeuge und Maschinen.

Die vorliegende Interpellation bezieht sich auf den kürzlich unter dem Titel „Vision Lebensqualität“ erschienenen Synthesebericht des Schwerpunktprogramms Umwelt Schweiz (SSP). Der Bericht thematisiert u.a. die Korrelation zwischen Mobilität, Lebensstil und Gesundheit. Er identifiziert Stickstoffdioxid, Ozon und PM10 als problematische, hauptsächlich vom Verkehr generierte Luftschadstoffe, die sich aufgrund hoher Grenzwertüberschreitungen auch auf die Sterblichkeit in der Schweiz auswirken. Die Luftverschmutzung verursacht laut Bericht jährlich 3'300 vorzeitige Todesfälle. Davon gehen rund 1'800 auf Kosten der Luftverschmutzung, die vom Verkehr verursacht wird. Erfreulich ist immerhin, dass diese Erkenntnisse in politische Entscheidungen auf nationaler Ebene eingeflossen sind. Sie haben beispielweise bei der Revision der Luftreinhalteverordnung 1998 wesentlich zur Einführung der PM10-Grenzwerte beigetragen und wurden 1999 als wichtige Grundlage in die Diskussion um die Höhe der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welche sich nach dem Schadstoffausstoss, der Anzahl gefahrener Kilometer und dem Gewicht bemisst, einbezogen.

Bezüglich Massnahmen verweist der Synthesebericht auf den Schweizer Aktionsplan für Umwelt und Gesundheit (APUG), der 1996 unter Leitung der Bundesverwaltung erarbeitet wurde. Der APUG konzentriert sich auf die drei Bereiche Natur, Mobilität und Wohnen. Für alle Bereiche wurden quantitative Ziele definiert, die bis 2007 erreicht sein sollen. Oberstes Ziel in den angesprochenen Bereichen Mobilität und Wohlbefinden ist es, die heutigen negativen Auswirkungen der motorisierten Mobilität durch eine signifikante Reduktion der gesundheits- und umweltschädlichen Emissionen und durch eine Erhöhung des Anteils der nichtmotorisierten Mobilität zu vermindern. Erreicht werden soll diese Zielsetzung über eine aktive Informationspolitik, welche die Zusammenhänge zwischen Verkehr und Gesundheit bewusst macht, emissionsreduzierende Massnahmen, um die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung einhalten zu können, und eine markante Erhöhung des Fahrrad- und Fussgängerverkehrs.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Stadtrat wie folgt Stellung:

1. Die Handlungsempfehlungen des SSP Umwelt sind breit gefächert; sie sind in der ganzen Aufgabenpalette einer Stadt zu finden. Die Förderung einer nachhaltigen Mobilität ist eine davon und gehört für den Stadtrat zu den politischen Daueraufgaben. Die städtischen Massnahmen müssen sich aber wie eingangs erwähnt grundsätzlich am bestehenden Handlungsspielraum orientieren. Dieser erstreckt sich primär auf die Bereiche In-



formation und Sensibilisierung der Bevölkerung, Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs. In den letzten Jahren sind in diesen Bereichen umfangreiche Massnahmen beschlossen und umgesetzt worden. Im öffentlichen Verkehr wurden in den Neunziger Jahren verschiedene angebotsseitige Verbesserungen eingeführt. Die Seitenäste der VBSG-Linie 1 nach Guggeien und Wolfganghof wurden als durchgehende Verbindungen konzipiert, die Linie in Winkeln verlängert. Die Linie 9 wurde neu eingeführt, im Jahr 1994 bis zum Hauptbahnhof und im Jahr 2000 bis zum Einkaufszentrum Gallusmarkt verlängert. Der Gallusmarkt wurde auch an die Linie 7 angebunden. Daneben wurden verschiedene punktuelle Verbesserungen bei der Linienführung, bei den Haltestellen und beim Fahrplan realisiert. Seit 1. Januar 2002 ist die Stadt St.Gallen ausserdem Teil des flächenmässig grössten Tarifverbunds der Schweiz (Tarifverbund Ostwind; OTV). Mit dem OTV, der 38 Transportunternehmen zusammenschliesst, werden sämtliche wichtigen Pendlerströme in der Ostschweiz mit über 700'000 Einwohnern und Einwohnerinnen abgedeckt. Diese Massnahmen sind weitere klare Anreize zum Umsteigen im Pendler-, Einkaufs- und Freizeitverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel.

Mit der Umsetzung der Velo-Initiative wurde ein zusammenhängendes Netz sicherer und direkter Velorouten quer durch die Stadt geschaffen. Es wurden sieben grössere neue Verbindungen realisiert, rund 200 punktuelle Einzelmassnahmen umgesetzt und gut 650 Veloabstellplätze neu geschaffen und der vermehrten Fortbewegung mit dem Fahrrad somit neue Impulse verliehen.

Der Stadtrat kommt auch regelmässig der gesetzlichen Pflicht nach, die Öffentlichkeit über den Umweltschutz und den Stand der Umweltbelastung zu informieren. Diese Aufgabe wird konkret von der städtischen Umweltfachstelle wahrgenommen. Sie informiert an Ökopodien, an Ausstellungen, mit Faktenblättern und Medienmitteilungen regelmässig über aktuelle Umweltthemen. Die Luftreinhaltung nimmt in der Umweltinformation als permanent aktuelles Thema eine zentrale Stellung ein.

Positive Effekte auf die Wohn- und Lebensqualität erwartet der Stadtrat auch von der weiteren Verkehrsberuhigung in der Altstadt und von Projekten für Strassenraumneugestaltungen im Nachgang zum Initiativbegehren „Strassen zum Leben“. Mit einer Umgestaltung der Strassenräume und mit einer Vergrösserung der Flächen für die allgemeine Bevölkerung und die umliegenden Quartiere in einer Gemeinde- und auf verschiedenen geeigneten Staatsstrassenabschnitten soll die „Verträglichkeit“ des Verkehrs im Interesse der Wohn- und Lebensqualität erhöht werden.

2. Glücklicherweise sind in St.Gallen die Belastungen durch Luftfremdstoffe nicht so hoch, dass Sofortmassnahmen ins Auge gefasst werden müssen. Solche Massnahmen sind



denn auch immer symptomorientiert und tragen wenig dazu bei, die Grenzwertüberschreitungen bei den problematischen Luftschadstoffen Stickstoffdioxid, Ozon und PM10 nachhaltig zu senken. Notwendig sind dauerhafte Bemühungen auf allen Ebenen

3. Der Stadtrat erachtet eine Abgabe von VBSG-Jahresabonnements als ungeeignet zur Erzielung einer emissionsmindernden Wirkung. Eine solche Massnahmen könnte ausserdem auch Widerstand beim Personal auslösen, weil Lohn in Naturallohn umgewandelt wird.
4. Bei steigenden Belastungen ist wie in den Vorjahren geplant, die Bevölkerung sachgerecht zu informieren und mit situationsgerechten Verhaltensregeln zu bedienen. Seit der Einführung der Ostluft (Luftqualitäts-Überwachung der Ostschweiz) kann die aktuelle Luftbelastung unter www.ostluft.ch online abgerufen werden.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellationstext

